gegen die imperialistische Kriegspolitik, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen den Imperialismus, für den Sozialismus! — durch Stimmabgabe für die Kommunistische Partei, für Liste 5!

Massendemonstrationen unter denselben Losungen durch einen gewaltigen Aufmarsch zum 4. Reichstreffen in Berlin!

Darüber hinaus aber: Wir müssen die Massen, die für uns stimmen, immer enger an uns binden, immer stärker für uns gewinnen.

Alle Kräfte angespannt
für die Stärkung der Partei,
für die Verbreitung unserer Kampfforderungen,
für die Stärkung der Roten Front.
Gegen Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistische Kriegspolitik!

Für den Machtkampf nach dem Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern unter den Fahnen der Partei von Lenin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, unter der Führung der Kommunistischen Partei!

Terrorwahlen

Essen, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonntag kam es bei einer Landpropaganda der Partei zu verschiedenen Verstößen der Polizeibehörden gegen die Wahlfreiheit. In Haltern befahl ein Polizeikommissar einem Propaganda-Auto mit Jugendgenossen, sofort die Stadt zu verlassen. Ein Hinweis auf das Bestehen der Wahlfreiheit nutzte nichts. Der Polizeikommissar erklärte: **„Quatsch! Hier gibt's keine Wahlfreiheit! Gesetze gehen mich nichts an!"** — In Datteln wurde eine Jungwählerversammlung mit anschließender Unterhaltung verboten. Die Polizei berief sich dabei auf einen mittelalterlichen Gesetzesparagraphen, wonach Jugendorganisationen nur einmal im Jahr eine solche Veranstaltung machen dürfen. Außerdem sei die polizeiliche Genehmigung vorher einzuholen.

Die Arbeiterinnen stehen zur KPD

Berlin, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die gestrige Wählerinnenversammlung der KPD im Saalbau Friedrichshain gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der Berliner Arbeiterinnen für den Kommunismus. Nach einer Begrüßungsansprache einer englischen Genossin sprachen Hanna Schulz und Liesl Ott, deren Reden oft von begeistertem Beifall der überfüllten Versammlung unterbrochen wurden.

Vormarsch auf die Hochburg der Reaktion

Massenkundgebung der KPD in München

München, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Wahlkundgebung der Kommunistischen Partei, in der Genosse Thälmann am Montag sprach, gestaltete sich zu einer revolutionären Massenversammlung, wie sie die Hochburg der bayrischen Reaktion seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Schon Stunden vor Beginn der Versammlung standen die Massen vor dem Löwenbräukeller, um den Aufmarsch des kommunistischen Demonstrationszuges, **an dessen Spitze die erste Münchener Arbeiterschalmeienkapelle marschierte,** zu erwarten. **Kopf an Kopf standen dann die Arbeiter zu vielen Tausenden im überfüllten Löwenbräukeller.** Die Rede des Genossen Thälmann wurde zu einer scharfen Abrechnung mit allen kapitalistischen Parteien und der **Sozialdemokratie,** wobei Genosse Thälmann auch **besonders scharf die arbeiterfeindliche Politik der bayrischen Nationalsozialisten und die Rolle der bayrischen SP,** der Partei der **Rosenstrauß-Auer** geißelte. Die Rede des Genossen Thälmann wurde an vielen Stellen durch brausende Zustimmung, durch minutenlange Beifallsstürme unterbrochen. **Die Hitlerleute wagten nicht in der Versammlung aufzutreten oder gar zu provozieren.** Als Genosse Thälmann nach einem zündenden Schlußwort sich von der Versammlung mit einem dreifachen **Rotfront** verabschiedete, wollte der Beifall der Münchener Arbeiter nicht enden. Trotz Regierung des Faschismus, trotz jahrelanger Unterdrückung, trotz unerhörtem Polizeiterror — **die Kommunistische Partei marschiert auch in Bayern!**

Wieder ein Arbeitermord

Ein Arbeiter von Faschisten erstochen

Frankfurt a. M., 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand in Taunstadt bei Darmstadt eine Versammlung der Nationalsozialisten statt, die polizeilich geschlossen werden mußte, weil die Hitlerbanditen gegen die anwesenden Arbeiter mit Biergläsern usw. vorgingen. Anschließend kam es zu einem **Ueberfall der Nationalsozialisten auf einzelne Arbeiter. Einer bekam eine Stichwunde und starb im Darmstädter Krankenhaus** an dieser schweren Verletzung. Ein anderer Arbeiter **bekam einen Stich in den Kopf. Als die Schupo aus Darmstadt herbeieilte,** waren die Hitlerbanditen verschwunden.

Rüstet zu neuem Kampf!

Der sächsische Metallarbeiterkampf ist auf das schändlichste durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zerschlagen worden. Ohne geschlossene Aufforderung der Belegschaften haben sie die Kollegen betriebsweise den Unternehmern ausgeliefert. Kein Mittel ließen sie unversucht, um die eiserne Kampffront zu brechen.

Noch einmal ist es den Reformisten gelungen, die sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen, die gesonnen waren, sich der Verbindlichkeitserklärung des Bürgerblockministers zu widersetzen, irrezuführen. So ist es ihnen mit den schimpflichsten Mitteln gelungen, die Kampffront zu zersplittern.

Infolge dieses Verrates der reformistischen Führer an den Interessen der Metallarbeiter waren auch die revolutionären Belegschaften nicht imstande, den Kampf fortzusetzen. Nur die Einigkeit und Geschlossenheit verbürgen den Sieg über die Trustherren. Diese Einigkeit und Geschlossenheit wurde bewußt zerschlagen. Allein hätten selbst die Limbacher und Hohenstein-Ernstthaler Kollegen nicht siegen können. Deshalb beendigten die Limbacher Kollegen den Kampf in Einheit und Geschlossenheit, um mit gestärkter Kampfkraft zur gegebenen Zeit den Kampf erneut aufzunehmen, der nicht auf den Ablauf des Tarifvertrages wird warten lassen. Die Metallarbeiter werden alsbald vor neuem Kampfe stehen.

In einer am Sonntag stattgefundenen Streikversammlung wurde beschlossen, gestern die Arbeit erneut aufzunehmen. Die Kollegen gaben ihrer Entschließung folgende Begründung:

„Die Versammlung der Limbacher Metallarbeiter stellt fest, daß die

Hungerschiedssprüche der Bürgerblockregierung

keine Aufbesserung der Lebensverhältnisse bringen.

Aufs neue ist der Beweis erbracht, daß das Schlichtungswesen nur den Interessen der kapitalistischen Gesellschaft dient.

Ebenso, wie Klassenjustiz, Polizei und andere „demokratische" Einrichtungen der Hindenburg-Republik, so ist auch **das Schlichtungswesen nur ein Mittel zur Knebelung der Arbeiterschaft, zur Niedrighaltung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.**

Vom Verband war gefordert worden:

60 Pf. Stundenlohn, 44½-Stundenwoche, zwölf Tage Ferien, Verminderung der Lohngruppen; für die Frauen und Jugendlichen gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Nicht eine einzige dieser Forderungen ist erfüllt.

Trotz ungeheurer Steigerung der Arbeitsleistung sollen die alten Bestimmungen über Arbeitszeit und Ferien 1½ Jahre bestehen bleiben. Lediglich 5 Pf. Lohnerhöhung werden bewilligt, die aber **infolge der neuen Teuerungswelle schon in den nächsten Wochen überholt sind.** Ein Jahr sollen diese Hungerlöhne gelten.

Diese Schandschiedssprüche wurden einmütig von den sächsischen Metallarbeitern abgelehnt.

Aber

die Leitung des DMV. hat die Beschlüsse der Arbeiter mißachtet.

Statt entsprechend den Beschlüssen der Metallarbeiter zu handeln, gehorchte sie den Befehlen des Bürgerblockministers. Das bedeutet freiwilligen Verzicht auf die Metallarbeiterforderungen und schwere Schädigung des Ansehens der freien Gewerkschaften. Wenn einen Tag nach Ablehnung der Schiedssprüche durch 15 Prozent der Metallarbeiter der Verbandsvorstand den Streik abwürgt, weil es der Arbeitsminister, der Unternehmer befiehlt, so ist das eine deutliche **Unterstützung der Bürgerblockpolitik.**

Diese schändlichen Bedingungen der Schiedssprüche kamen deshalb zustande, weil die Gewerkschaftsleitung den

Kampf nicht auf breiter Front

führte:

a) Statt die gesamten Betriebe stillzulegen, um dadurch die Unternehmer empfindlich zu schädigen und Streikbrecherarbeit unmöglich zu machen, wurden nur Teile der Belegschaften herausgezogen.

b) Für einige Gebiete werden **Sonderabkommen** geschlossen.

c) Die Verbandsleitung anerkannte die Verbindlichkeitserklärung des Manteltarifs, obwohl keine Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Ferien bewilligt wurde.

d) Die Verbandsleitung glaubte, durch Kuhhandel mit dem Arbeitsminister etwas erreichen zu können. Diese „Verhandlungen" waren eine Schädigung des Kampfes. Nicht der Arbeitsminister wurde von den Verbandsvertretern beeinflußt, sondern umgekehrt hat der Bürgerblockminister die Verbandsvertreter für die **Abwürgung des Kampfes gewonnen.** Infolge dieser reformistischen Politik konnten die Metallarbeiterforderungen nicht durchgedrückt werden.

Bei einer geschlossenen Kampfführung unter Einbeziehung aller Metallarbeiter und Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Ministern des Bürgerblocks hätten die Forderungen mit Erfolg erkämpft werden können.

Die Bezirksleitung des DMV hat verlangt, daß wir am Freitag in die Betriebe gehen.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß der Kampf für die Forderungen und gegen die Schiedssprüche weitergeführt werden müßte.

Deshalb haben wir zwei Tage weitergestreikt gegen diese Schandschiedssprüche und gegen das Schlichtungswesen. Inzwischen ist es der sozialdemokratischen Verbandsleitung gelungen, die Bewegung in den wichtigsten Orten und Betrieben abzuwürgen.

Wir sind in dieser Situation gezwungen, den Kampf abzubrechen, weil nach Zerstörung der Kampffront in Sachsen die Weiterführung des Kampfes in Limbach keinen Erfolg bringt.

Wir geloben, ungeachtet der Laufdauer der bestehenden Schandschiedssprüche zu neuen Kämpfen zu rüsten und alle Kraft einzusetzen, um innerhalb des Metallarbeiterverbandes die Kollegen für eine revolutionäre Klassenkampfpolitik zu gewinnen. Die sächsische Metallarbeiterbewegung hat aufs neue den Metallarbeitern und der gesamten deutschen Arbeiterklasse gelehrt:

Die Durchsetzung der Arbeiterforderungen und der Kampf gegen die Kapitalsherrschaft ist nur möglich, wenn die Arbeiter die Schlichtungsfesseln sprengen und ihre Forderungen erkämpfen, trotz Schlichtungsdiktat der Regierung und trotz Streikbruchpolitik der sozialdemokratischen Partei und Streikbruchpropaganda der sozialdemokratischen Presse.

Kollegen! Rüstet zu neuem Kampf für Arbeitszeitkürzung und Lohnerhöhung.

Werbt für den Metallarbeiterverband.

Nieder mit dem Schlichtungssystem.

Nieder mit den sozialdemokratischen Schlichtungspolitikern.

Macht die freien Gewerkschaften zu revolutionären Klassenkampforganisationen."

Genug vom Verrat

Vorsitzender eines ADGB-Ortsausschusses wird Mitglied der KPD

„Warum ich Kommunist wurde"

Gustav Enslat, Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses Stallupönen und Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins, ist dieser Tage in die Kommunistische Partei eingetreten. In einer öffentlichen Erklärung sagt er u. a.:

„Am 1. Juni 1920 trat ich als Mitglied der USPD bei und als die Verschmelzung kam, ging ich zur VSPD. Ich glaubte, durch die Vereinigung wird der Sozialismus in Deutschland mehr gefördert werden. Bald wurde ich eines anderen belehrt. Durch die Schaukelpolitik der SPD wurde ich immer mehr in Opposition gedrängt ... Hierauf erklärte ich meinen Austritt aus der SPD und entschloß mich, für den Sozialismus mitzuarbeiten, ohne die Mitgliedschaft einer sozialistischen Partei zu erwerben, und erst dann, wenn ich die Ueberzeugung von einer Partei **habe, daß sie gewillt ist, den rücksichtslosen Kampf gegen das kapitalistische System zu führen** — weil nur dadurch die werktätigen Massen gewinnen und den endlichen Sieg erringen können — werde ich **meinen Beitritt zu dieser Partei erklären.**

Dann kam die Fahrt nach Sowjetrußland. Auf Verlangen der Stallupöner Arbeiterschaft nahm ich an der Dritten Arbeiterdelegation nach Rußland teil. Dort konnte ich den sozialistischen Aufbau selbst sehen und als ich immer mehr und mehr sehen mußte,

mit welchen Unwahrheiten die SPD über Rußland arbeitet,

wurde ich mehr und mehr von der SPD abgedrängt. Ich denke noch daran, als ich in Moskau war, und ein Mitglied der Arbeiterdelegation (Mitglied der SPD) von seiner Frau einen Brief mit einem Artikel der Bremer sozialdemokratischen Zeitung erhielt, in welchem berichtet wurde, in Moskau herrsche Hungersnot, die Polizei schritt mit blanken Waffen gegen Hungernde ein usw. Alle Delegierten aus allen Weltteilen haben mit Entrüstung diese lügenhafte Berichterstattung verurteilt, um so mehr, **als wir feststellen konnten, daß Brot, Fleisch usw. in Fülle vorhanden war.**

Ich habe nach meiner Rückkehr in den Berichten die SPD wegen ihrer feindlichen Haltung gegen Sowjetrußland der Wahrheit wegen angreifen müssen, und **als dann die SPD die Amnestie der politischen Gefangenen ablehnte,** mußte ich feststellen, daß die SPD lieber mit kapitalistischen Parteien in Koalitionen zusammenarbeitet, als für die Befreiung der Arbeiterklasse auf jedem Gebiet zu sorgen. **Durch diese Stellung hörte die SPD für mich auf, eine Partei des Sozialismus zu sein und ich wurde Mitglied der KPD."**

Wird die SPD ihren Lesern auch von diesem Schreiben Mitteilung machen? Sie macht sonst von jedem Uebertritt oder Austritt aus der KPD einen „Bankrott" der Kommunisten. Jetzt wird sie aber schweigen.

Internationale Solidarität

Essen, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Das holländische Personal der rheinischen Schleppboote hielt am Sonnabend und Sonntag eine Versammlung ab und beschloß, den Rhein nur bis zur Hochfelder Brücke zu befahren sowie rheinaufwärts kein Boot zu verschleppen. Dieser **Beschluß ist insofern von Bedeutung, als bisher stromaufwärts die meiste Streikarbeit geleistet wurde. Diese ist jetzt unterbrochen.**

Militär gegen streikende Arbeiter

Wien, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

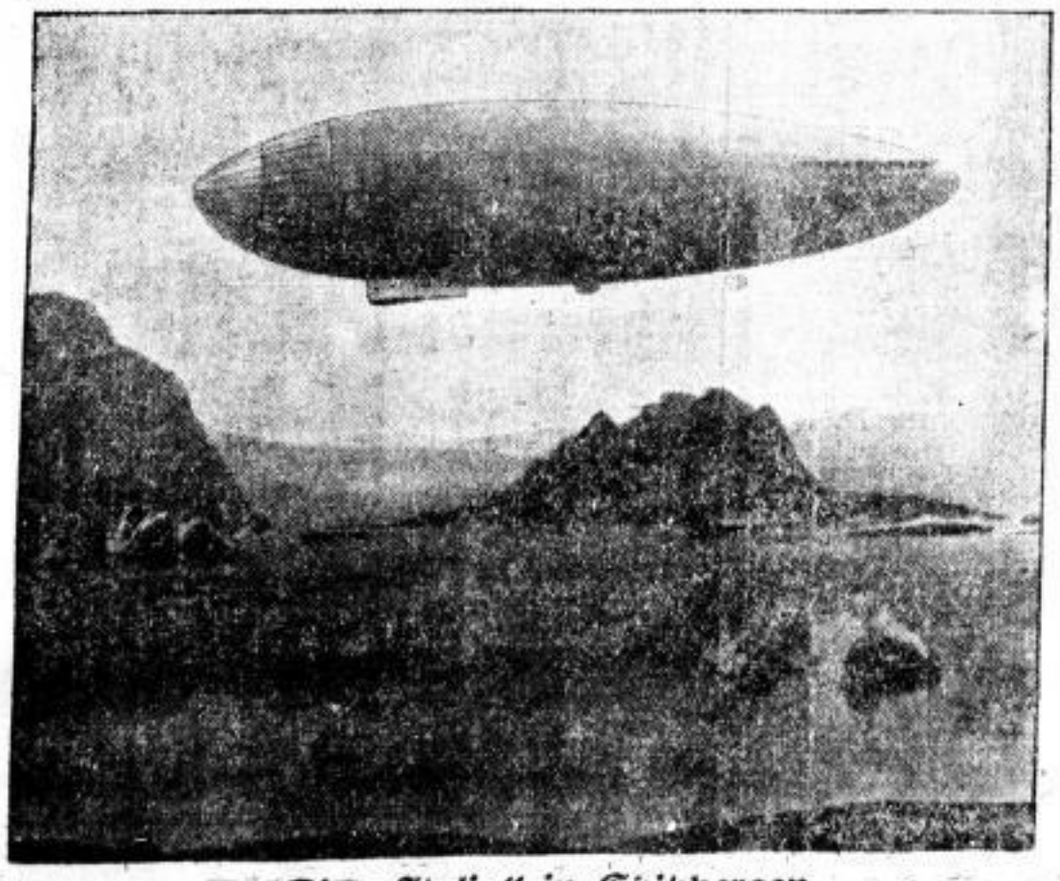
In das Streikgebiet der Bergarbeiter in Obersteiermark wurde nach hier eingegangenen Meldungen Militär entsandt. Bezeichnend für die Kampfstimmung der Arbeiter ist ein Beschluß der christlichsozialen Bergarbeitergewerkschaft, solidarisch zu sein.

Opposition in der SPD

Gegen die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen

Berlin, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der Vorwärts aus Paris meldet, hat die Sozialdemokratische Partei des Rhonedepartements mit 58 gegen 54 Stimmen einer Resolution zugestimmt, **die jede Verbindung mit bürgerlichen Regierungen entschieden ablehnt** und die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats fordert. Die Entschließung wendet sich besonders gegen die Ausübung staatlicher Funktionen durch Sozialdemokraten, wie z. B. Paul Boncour.



Die „Italia" in Spitzbergen

Alarm!

Heraus zum

Reichs-Treffen

des

RFB

am 27. Mai in Berlin

Achtung Wahlzeitung

Alle Unterbezirke und Arbeitsgebiete holen am 16. Mai spätestens bis 15 Uhr, die Stadtteile von 15 bis 17 Uhr Wahlzeitungen in der Druckerei, Güterbahnhofstraße 2, ab. Polleiter Kurier schicken.